



Wichtige Momente aus 50 Jahren Wohnungspolitik

*Ernst Hauri, Präsident der Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger EGW
& ehemaliger Direktor BWO*

Martin Tschirren, Direktor Bundesamt für Wohnungswesen BWO

Der aktuelle BWO-Direktor und sein Vorgänger blicken auf einige wichtige Momente der BWO-Geschichte und auf die Entwicklung der Schweizer Wohnungspolitik im 20. Jahrhundert zurück. Am Ursprung der Gründung des BWO stand eine Volksinitiative, die am 5. März 1972 zwar abgelehnt wurde, aber dennoch den Impuls gab für ein stärkeres und dauerhaftes Engagement des Bundes in der Wohnraumförderung. Die ersten 25 Jahre standen im Zeichen des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes – kurz WEG, das mit Bürgschaften, rückzahlbaren Grundverbilligungen und befristeten Zusatzverbilligungen als à fonds perdu-Beiträge arbeitete. Die von der Immobilienkrise der 1990er Jahre verursachten Verluste in der WEG-Förderung konnten dank umfassenden Sanierungsmassnahmen in Grenzen gehalten werden.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck der Verlusterfahrung wurde zu Beginn der 2000er Jahre mit dem Wohnraumförderungsgesetz WFG ein neues Gesetz erlassen. Es sieht weiterhin die Förderung von preisgünstigen Mietwohnungen, preisgünstigem Wohneigentum und die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus vor. Kurz nach der Inkraftsetzung wurden die zwei ersten Bereiche sistiert und seither fokussiert sich die Förderung auf den dritten Teil.

Gegen Ende der 2010er Jahre wurde die Existenz des BWO einmal mehr in Frage gestellt. Am 1. Juni 2018 beschloss der Bundesrat jedoch, das BWO als Bundesamt beizubehalten, verordnete ihm aber eine Strukturreform. Diese sah u.a. vor, dass das Amt seinen Eigenbedarf um gegen 25 Prozent reduziert und von Grenchen, wo es seit 1995 angesiedelt war, wieder nach Bern umzieht. Mit dem Jubiläumsjahr 2025 kommt auch die Umsetzung der Strukturreform zum Abschluss. In der jüngsten Vergangenheit rückte das BWO wieder vermehrt in den politischen Fokus. Die Frage der Geschäftsmieten, während der Covid-Pandemie, war nur der Anfang; darauf folgten steigende Energiepreise, die Zinswende und schliesslich die zunehmende Wohnungsknappheit, die zu einem steigenden Interesse an wohnungspolitischen Lösungsansätzen führten.